



Zeitzeugen

Orthopädie soll Bettenzahl halbieren - Kassen drängen auf Kostenneutralität (Kieler Nachrichten vom 6. Oktober 2000)

Orthopädie soll Bettenzahl halbieren

Kassen drängen auf Kostenneutralität

Kiel (std) Die Schließung der Orthopädie an der Kieler Universitätsklinik ist zwar vom Tisch. Zwischen Gesundheitsministerium und Krankenkassen herrscht aber offenbar Einvernehmen darüber, 35 der 70 Betten abzubauen. Einem Gespräch zwischen Ministerin und Kassenvertretern zufolge sollen außerdem jeweils 400 Fälle aus Kostengründen von der Uni in die Lubinus-Klinik und ins Elisabeth-Krankenhaus in Kiel verlagert werden.

Der Leiter der Orthopädie, Prof. Joachim Hassenpflug, reagierte gestern überrascht. „Das ist ein Weg, der vielen Belangen überhaupt nicht gerecht wird. Einzelne Zahlen wolle er zwar nicht kommentieren, klar sei aber: „Wenn man eine kritische Masse unterschreitet, funktioniert das ganze System nicht mehr.“ Hassenpflug verwies unter anderem auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Orthopädie. „Schon heute machen Verletzungen und Erkrankungen des Muskel- und Skelettsystems ein Drittel der Arbeitsunfähigkeitstage aus. Da ist es nicht nachvollziehbar, dass die wissenschaftliche Begleitung gefährdet wird.“

Angesichts des neuen Krankenhausbedarfsplanes, der Anfang 2001 in Kraft treten soll, drängen die Kassen auf Kostenneutralität. In einem Brief an die Gesundheitsministerin loben sie zwar das Rüschmann-Gutachten, das „neue Perspektiven“ eröffnet habe. „Weil bei der Umsetzung offensichtlich nur an die zusätzlichen Leistungen gedacht ist“, befürchten die Verbände insbesondere durch den Ausbau der Geriatrie (Altersheilkunde) und Jugendpsychiatrie – „erhebliche finanzielle Mehraufwendungen“.

Tatsächlich hatte Heide Moser Anfang September erklärt, dass die Einschnitte im ersten Schritt „relativ moderat ausfallen“ können. Die Berechnungen des Ministeriums ergeben insgesamt einen Kapazitätsabbau von rund 400 Betten. Das Gutachten hatte 1900

vorgeschlagen. Moser signalisierte im Gespräch mit den Kassenvertretern jedoch, dass 2001 keine Mehrkosten zu befürchten seien. Zusätzliche Kapazitäten seien erst zu einem späteren Zeitpunkt geplant.

Darüber, wo die Kosten im einzelnen reduziert werden, will Heide Moser erst am 17. Oktober das Kabinett informieren. Gegenüber den Kassen nannte sie beispielhaft die Zusammenlegung des Städtischen Krankenhauses Lübeck-Priwall mit dem Städtischer Krankenhaus Lübeck-Süd. Eine Schließung der Herzchirurgie an der Uni-Klinik Lübeck, wie sie der Gutachter vorgeschlagen habe, sei dagegen „politisch nicht durchsetzbar“. Dasselbe gelte für die Orthopädie in Kiel.

Von den Schließungs-Empfehlungen war in Kiel auch die Klinik Waldwiese betroffen. Sie soll sich künftig in Richtung Praxisklinik ausrichten. Für das Ambulante Operationszentrum Kronshagen sollen fünf Betten vorgehalten werden, um Patienten notfalls auch stationär versorgen zu können.

In der Psychiatrie ist insgesamt ein Bettenabbau geplant. In der Erwachsenenpsychiatrie sollen bis 2005 die 2033 vollstationären Betten auf 1622 reduziert, die Tagesklinikplätze dafür von 271 auf 481 erhöht werden. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist geplant, die Bettenzahl von 202 auf 187 zu verringern. Die tagesklinischen Plätze sollen von 37 auf 77 erhöht werden.